

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Sozialen Fortschritt und regionale Integration in Lateinamerika unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im Konzept der Bundesregierung zu Lateinamerika und der Karibik stehen die Interessen der deutschen Unternehmen und die Vernetzung der politischen und wirtschaftlichen Eliten Deutschlands und Lateinamerikas im Vordergrund. Das Lateinamerikakonzept der Bundesregierung bündelt Entwicklungs- und Außenpolitik, weg von den Schwerpunkten Armutsbekämpfung, Ressourcenschutz und Demokratieförderung hin zu einer einseitig auf freien Welthandel gerichteten neoliberalen Wirtschaftsförderung. Es zielt deutlich auf die Erschließung neuer Rohstoffe, Absatzmärkte und Investitionsfelder für die deutsche Wirtschaft. Die sozialen Herausforderungen und Auseinandersetzungen in Lateinamerika spielen im Lateinamerikakonzept der Bundesregierung hingegen keine Rolle; das Konzept geht damit an den Interessen der Mehrheit der Menschen in Lateinamerika völlig vorbei.
2. Das Lateinamerikakonzept ordnet sich ein in die Außenwirtschafts- und Rohstoffpolitik der Bundesregierung, die Entwicklungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit künftig noch direkter mit dem Zugang zu Rohstoffen verknüpfen will und sich dabei im Rahmen des sogenannten Rohstoffdialogs eng mit der deutschen Industrie abstimmt. Das Konzept atmet damit den Geist Jahrhunderte langer kolonialer und neokolonialer Beziehungen.
3. Der soziale Aufbruch in Lateinamerika, die Befreiung in eine zweite, nämlich ökonomische, ökologische, kulturelle und soziale Unabhängigkeit, zu der sich in Lateinamerika Millionen Menschen aufgemacht haben, und die demokratischen Verfassungsprozesse in Bolivien, Ecuador und Venezuela werden im Lateinamerikakonzept der Bundesregierung nicht oder negativ als populistische Tendenz reflektiert. Damit wird die Bundesregierung der Tragweite der politischen Prozesse in Lateinamerika und den politischen Grundprinzipien von Demokratie und Sozialstaatlichkeit in keiner Weise gerecht.
4. Die Bundesregierung verzichtet darauf, aus den Reformen, die in Lateinamerika derzeit erfolgreich durchgeführt werden und die auf die Demokratisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften und auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe abzielen, Rückschlüsse für eine auf eine breitere

Demokratisierung und einen sozialen Ausgleich auch in Europa gerichtete Politik zu ziehen. Die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise hätten aber gerade eine solche interkontinentale Suche nach neuen Politikansätzen jenseits der neoliberalen Wirtschafts- und Handelslogik sehr dringend nahegelegt.

5. Die Bundesregierung verschließt sich der Einsicht, dass in Lateinamerika längst weltweit notwendige Alternativen zum herrschenden Weltwirtschaftssystem und zur neoliberalen Wirtschafts- und Handelspolitik formuliert und erprobt werden:
 - a) Unterstützt von einer breiten sozialen Mobilisierung an der Basis haben sich in fast allen Ländern Südamerikas und in einigen Ländern Mittelamerikas und der Karibik linke oder Mitte-Links-Regierungen etabliert und – in unterschiedlicher Deutlichkeit und unterschiedlichem Tempo – eine Abkehr vom Neoliberalismus vorgenommen. Sozialprogramme und die Orientierung auf die Stärkung der Binnenmärkte haben dazu geführt, dass sich soziale Unterschiede tendenziell verringern und damit die Basis für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen wird.
 - b) In der zunehmenden Süd-Süd-Kooperation, die sich in Lateinamerika vollzieht und die in Projekten wie ALBA, CELC und UNASUR, mit der Gründung eigenständiger regionaler Entwicklungsbanken sowie im starken entwicklungspolitischen Engagement von Kuba, Venezuela und anderen Ländern ihren Ausdruck findet, liegt ein großes Potenzial für eine eigenständige soziale Entwicklung auf dem Kontinent. Die Bundesregierung hat diese Entwicklungen bislang nicht unterstützt und teilweise sogar gezielt unterlaufen.
 - c) Der Kampf um mehr soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe der bislang davon ausgeschlossenen Bevölkerungsteile muss gegen erhebliche Widerstände seitens derer geführt werden, die ihre hergebrachten Privilegien im äußersten Fall auch mit Gewalt verteidigen, wie das Beispiel des Putsches in Honduras (2009), des versuchten Putsches in Venezuela (2002) und der Sezessionsbestrebungen im Osten Boliviens zeigten. Die Bundesregierung ist ihrem verbalen Anspruch, Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger schützen und den Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen unterstützen zu wollen, bislang in ihrer Lateinamerikapolitik nicht wirklich gerecht geworden.

Obgleich die Bundesregierung in ihrem Konzept wie in ihrer politischen Alltagsrhetorik viel Wert auf gute Regierungsführung in den Partnerländern und auf die Einhaltung der Menschenrechte legt, verzichtet sie darauf, die Situation in den Ländern anzusprechen, in denen die Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger am stärksten bedroht sind, wie Kolumbien oder Mexiko, wo die Ermordung von Gewerkschaftern und Aktivisten sozialer Bewegungen sowie Vertreibungen und der Raub ökonomischer und sozialer Existenzgrundlagen für viele Menschen an der Tagesordnung sind. Auch der Putsch in Honduras vom 28. Juni 2009 und die nach wie vor katastrophale Menschenrechtslage dort sind der Bundesregierung kaum Erwähnung wert.

Die Bürgerkriegssituation und die tägliche Gewalt in Kolumbien bleiben eine offene Wunde im demokratischen Entwicklungsprozess in Lateinamerika. Die Bundesregierung verzichtet bislang darauf, aktiv auf die Regierung Kolumbiens einzuwirken, die Politik der Strafflosigkeit für bestimmte Verbrechen zu beenden und einen Prozess der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit einzuleiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihr Lateinamerikakonzept mit dem Titel „Deutschland, Lateinamerika und die Karibik: Konzept der Bundesregierung“ zurückzuziehen und ein neues Konzept zu erarbeiten, das
 - die sozialen Herausforderungen und Auseinandersetzungen in Lateinamerika und im Verhältnis zwischen Lateinamerika und Europa analysiert und den Einsatz der Menschen in Lateinamerika für die Verwirklichung ihrer demokratischen und sozialen Rechte zum Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Lateinamerika nimmt,
 - die Fortschritte bei der Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit, die in vielen lateinamerikanischen Ländern während der letzten Jahre erzielt werden konnten, benennt und deren Konsolidierung und Vertiefung als Ziel der Zusammenarbeit mit Lateinamerika formuliert,
 - die demokratischen verfassungsgebenden Prozesse in Bolivien, Ecuador und Venezuela anerkennt und würdigt,
 - die Erfahrungen der erfolgreichen Armutsbekämpfung in vielen lateinamerikanischen Staaten und der stabilisierenden Wirkung wirtschafts- und finanzpolitischer Regulation im Kontext der Weltwirtschaftskrise für eine Neuformulierung entwicklungs-, wirtschafts- und handelspolitischer Konzepte aufgreift,
 - den Grundsatz unterstützt, dass Bodenschätze, Wasser und Wälder prinzipiell im öffentlichen Eigentum verbleiben müssen,
 - sich eine gleichberechtigte Partnerschaft zum Ziel setzt, die Entwicklungspotenziale, die in einer eigenständigen regionalen Integration und Süd-Süd-Kooperation stecken, erkennt und Vorstellungen formuliert, wie diese unterstützt werden kann,
 - dabei die Beiträge Kubas bei der Überwindung von Analphabetismus und bei der medizinischen Grundversorgung in vielen Ländern Lateinamerikas würdigt und Vorschläge für eine trilaterale Entwicklungspartnerschaft mit Kuba zugunsten Dritter formuliert;
2. auf die Durchsetzung von Freihandel, Deregulierung und Privatisierung, insbesondere der Privatisierung von Bodenschätzen, Saatmitteln, Pflanzen und Wasser, sowie auf Wettbewerbs-, Patent- und Investitionsschutzregeln, die über die Regeln der Welthandelsorganisation hinausgehen, zu verzichten;
3. sich entsprechend innerhalb der Europäischen Union (EU) für die Neuverhandlung der Assoziierungs-, Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen unter entwicklungsförderlichen Verhandlungsmandaten einzusetzen;
4. innerhalb der EU dafür zu werben, dass auf der Grundlage bereits vorliegender Vorschläge einiger zentralamerikanischer Regierungen ein Kompensationsfonds eingerichtet wird, aus dem lateinamerikanische Staaten in Eigenverantwortung Projekte zum Klimaschutz und für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung finanzieren können; dazu gehört auch die Finanzierung des Kompensationsfonds für das ecuadorianische „ITT-Projekt“, aus dem Ecuador für die Einnahmeausfälle entschädigt werden soll, die dem Land aus dem Verzicht der Ausbeutung des Ölfeldes Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT) zugunsten des Schutzes der Amazonas-Region entstehen;
5. sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Lateinamerika, insbesondere in Kolumbien, Honduras und Mexiko, einzusetzen und sich aktiv

darum zu bemühen, dass in Honduras eine Rückkehr zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung vollzogen und der demokratische Verfassungsprozess, der durch den Putsch vom 28. Juni 2009 beendet worden war, wieder aufgenommen werden kann;

6. das neu gefasste Lateinamerikakonzept dem Deutschen Bundestag zur Diskussion zu stellen.

Berlin, den 5. Oktober 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion